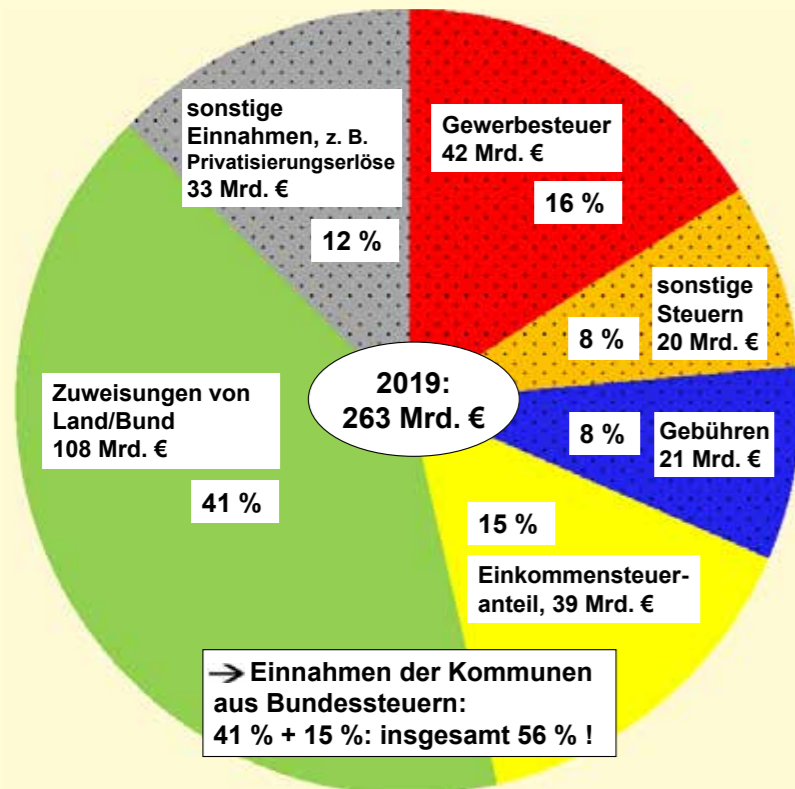


Mehr Geld für Städte und Gemeinden!

Bei den Bundessteuereinnahmen fehlen große Beträge von Höchstverdiener*innen und Konzernen. Dadurch sind die Einnahmen des Bundes nicht ausreichend gewachsen.

Trotzdem machten Zuweisungen von Bund und Ländern nach Informationen des Bundesministeriums für Finanzen 2015 immer noch mehr als die Hälfte der Einnahmen der Städte und Gemeinden aus (siehe Grafik). Die Bundesmittel sind also die wichtigste Baustelle in Sachen „Heilung der Kommunalfinanzen“. Die immer wieder in Diskussionen besonders hervorgehobene Gewerbesteuer jedoch erbringt im Durchschnitt lediglich 16 Prozent als kommunale Finanzierungsquelle.



Die Statistik zeigt deutlich: Der Löwenanteil der kommunalen Finanzen muss aus dem Bund kommen. Er muss durch Steuern gedeckt werden, die für Höchsteinkommen, Gewinne und Vermögen deutlich anzuheben sind. Datenquelle: „Stadtfinanzen 2020“ des Deutschen Städtetags

Es ist in den letzten Jahren üblich geworden: Kommunale Ausgaben sollen vor allem durch kommunale Einnahmen finanziert werden. Das aber bedeutet: Gebührenerhöhungen, Verkauf von kommunalem Eigentum an Privatleute (Privatisierungen), hohe Grundsteuern, Hunde- und Pferdesteuern, Straßenausbaubeiträge*, Tourismusabgaben und weitere neu erfundene kommunale Steuern. Wir lehnen dies ab. Diese Maßnahmen können nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Sie belasten Sie als Bürger*in aber enorm und schaden der kommunalen Handlungsfähigkeit.

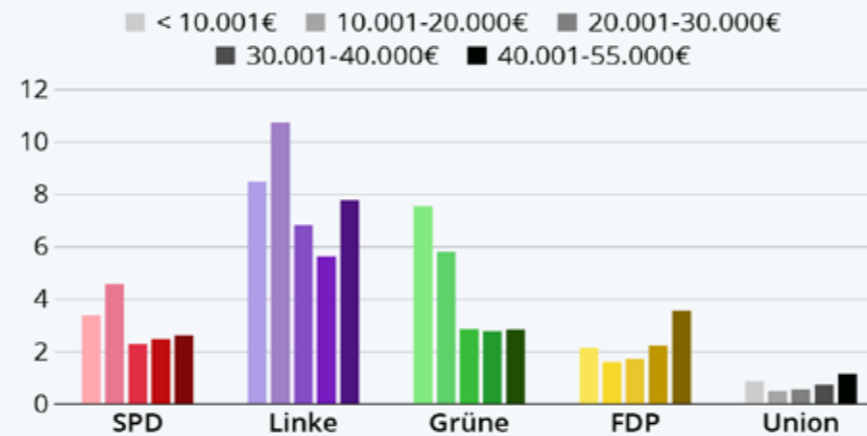
* In der Stadt Göttingen auch Dank unserer Stimmen im Jahr 2021 abgeschafft.

LINKE FORDERUNGEN VOR ORT:

- Schluss mit der Privatisierung von Gemeineigentum! Rekommunalisierung schon privatisierter Einrichtungen.
- Regelmäßige Ausschüttung aus den Sparkassengewinnen an Stadt und Kreis, in Höhe eines Drittels des Jahresgewinns.

Die Mitte profitiert am wenigsten von der Union

Veränderung der Jahreseinkommen durch die Vorschläge der Parteien (in %)*



* beruhend auf den Wahlprogrammen der Parteien unter Annahme sofortiger Umsetzung

Quelle: ZEW



statista

Quelle: de.statista.com, Rene Bocksch, nach Daten einer Studie des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Auftrag der Süddeutschen Zeitung. <https://kurzelinks.de/ZEW-Steuervergleich2021>

DIE LINKE entlastet kleine und mittlere Einkommen wie keine andere Partei!



„Seit vielen Jahren fühle ich mich dem Ziel einer Gesellschaft und damit auch einer Stadt Göttingen verpflichtet, die allen gute Lebensbedingungen und nicht nur einer reichen Minderheit ein Eldorado der „schnellen Mark“ bietet.“

Edgar Schu, Dipl.-Chemiker, 52, Kandidat zur Oberbürgermeisterwahl, www.edgarschu.de

Wählen Sie am 12. September

In der Stadt Göttingen und in der Gemeinde Gleichens:



Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke

In Kreis und Kommunen:



DIE LINKE.
Göttingen/Osterode

Und auf keinen Fall vergessen:
Am 26. September ist Bundestagswahl!



Menschen vor Profite!

Kommunalwahlen am 12. September 2021

Steuern und Abgaben senken

für Niedrig- und Normalverdienende, indem vor allem Superreiche und Konzerne höher besteuert werden.

Sie wundern sich, warum in der Kommune kein Geld ist, um genügend bezahlbare Wohnungen zu bauen, um Schulen zügig zu sanieren, den öffentlichen Personennahverkehr auszubauen, um dem Klimawandel angemessen begegnen zu können und öffentliche Gebäude im notwendigen Maß zu sanieren?

Sie sind nicht die einzige Person, der das auffällt: Sie selbst geben einen großen Teil Ihres Bruttoeinkommens für die Allgemeinheit ab - aber trotzdem sind die öffentlichen Kassen auffallend leer. Das ist leider gar nicht verwunderlich, denn Steuern auf den Besitz der Reichen wurden ständig gesenkt. Das, was daher der Kommune fehlt, versucht sie, durch immer höhere Beiträge, Gebühren und das Verschern von kommunalem Eigentum reinzuholen. Wir zeigen, dass es auch anders geht.



Städte und Gemeinden für Menschen statt für Profite!

Vieles in den Kommunen ist so geregelt, dass die Menschen mit niedrigen und normalen Einkommen den Kürzeren ziehen und die Reichen ihre Gewinne machen können. Auch in unserem Landkreis.

Bezahlbare Wohnungen

Bei bezahlbarem Wohnungsbau zu großem Teil auf private Investoren zu setzen, ist vor allem in der Stadt Göttingen eindeutig gescheitert: Die Angebotsmieten haben sich von 2010 bis 2020 um 68 %, von 5,32 auf 8,92 Euro pro Quadratmeter erhöht. Diese Mietsteigerungen strahlen weit ins Umland aus. Es gibt einen enormen Bedarf an bezahlbarem und würdigen Wohnraum. Die Städtische Wohnungsbau Göttingen ist finanziell zu unterstützen, statt dass sie Gewinne an die Stadt und an die Sparkasse ausschütten soll. Sie soll Gewinne wie die Kreiswohnbau in Wohnungsbau reinvestieren. Beide Gesellschaften sollen bezuschusst und mit am Markt günstig verfügbaren Krediten versorgt werden. Für den Bau bezahlbarer Wohnungen in großer Zahl!



„Als Landrat werde ich mich für die Interessen der Hartz-IV-Empfänger und Niedrigverdienenden einsetzen. Ich stehe für eine konsequent ökologische Politik und Klimaschutz, der sozial gestaltet werden muss.“

Eckhard Fascher, Dipl. Sozialwissenschaftler, 59 Jahre, Kandidat zur Landratswahl www.eckhardfascher.de

ÖPNV braucht mehr Geld

Gerade beim Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zeigt sich, dass zu wenig Geld im System ist. In der Stadt Göttingen steigen die Preise bei gleichzeitiger Verschlechterung des Angebots ständig. Im Landkreis wurden zwar die Buspreise durch die Tarifreform deutlich gesenkt, aber der ÖPNV ist ohne Schülerverkehr kaum lebensfähig. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Gemeinden und Städten im Landkreis werden in den Abendstunden und am Wochenende kaum bedient. So klappt's nicht mit dem Umstieg weg vom Auto. Wir brauchen auch kleine Busse, für die Bedienung von deutlich mehr Direktverbindungen und auch für abgelegene Orte. Perspektivisch brauchen wir nicht nur ein deutlich besseres Angebot, sondern einen kostenfreien ÖPNV. Dazu werden wesentlich höhere Zuschüsse benötigt. So wären alle mobil.

Buslinien, Schwimmbäder ebenso wie Bibliotheken, Volkshochschulen, Theater, KiTas und Krankenhäuser müssen keinen Gewinn abwerfen. Sie sollten nur geringe Eintrittspreise oder Gebühren nehmen, die jeder Mensch bezahlen kann. Das kennen etwas ältere Jahrgänge unter uns noch aus ihrer Jugend. Hierfür muss die Kommune freilich wieder deutlich besser mit Steuermitteln, vor allem durch den Bund, ausgestattet werden.



Schwimmbad: Ein Luxus?

Vor allem öffentliche Hallenbäder sind in den letzten Jahren im gesamten Landkreis entweder geschlossen oder durch luxusartige „Spaßbäder“ und ähnliches ersetzt worden. Der früher für viele selbstverständliche ganzjährige Besuch eines Schwimmbades ist daher zu einem besonderen Luxus geworden, den sich nur wenige leisten können. Die gepfefferten Eintrittspreise des „Bade-paradieses Eiswiese“ in Göttingen sind hierfür ein Beispiel unter vielen.

	1 Stunde	2,5 Stunden	Tageskarte
Erwachsene	3,90 €	7,00 €	9,50 €
Ermäßigte	2,20 €	4,50 €	7,00 €

Anmerkung: Mit „Ermäßigte“ sind ausschließlich Kinder und Jugendliche, Schüler*innen, Studierende und Schwerbehinderte gemeint. Quelle: Ausschnitt (vereinfacht) aus der Preisliste auf www.badeparadies.de (Stand August 2021)

DAS WOLLEN DIE LINKEN:

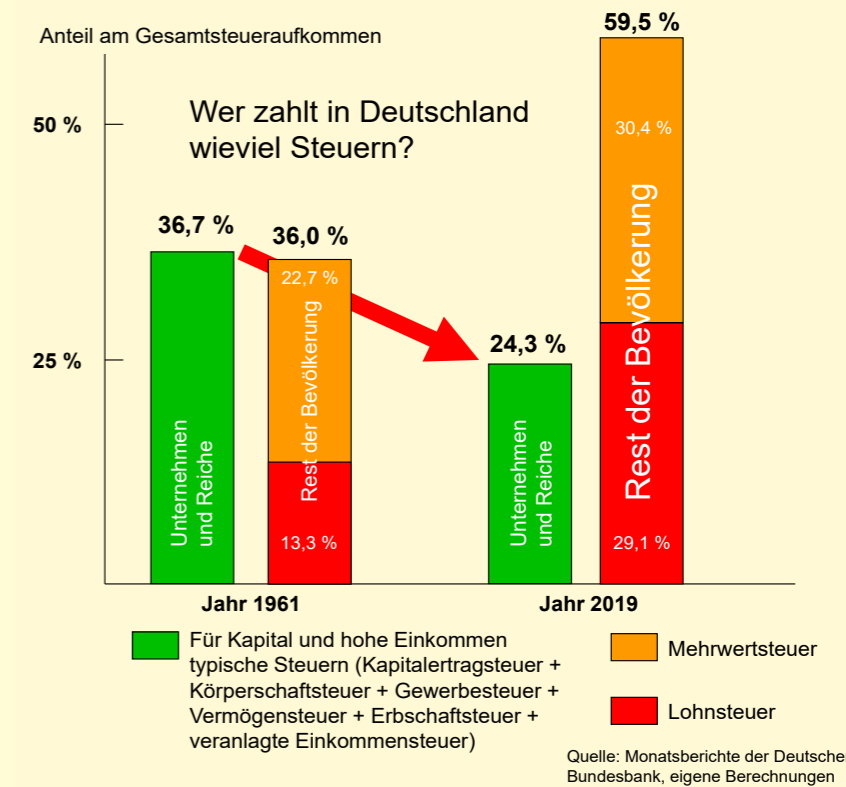
- Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, damit für immer mehr Menschen der Umstieg weg vom Auto möglich wird. Das Auto und die notwendige Infrastruktur kostet nicht nur unsere Gesellschaft, sondern auch die Besitzer*innen viel Geld, das sie vielleicht gerne für anderes ausgeben würden.
- Massive Senkung der Eintrittspreise und Gebühren für öffentliche Einrichtungen und deren Umstellung auf Steuerfinanzierung. Z.B. für Schwimmbäder, Theater. Wir wollen auch wieder gut gepflegte öffentliche Toiletten ohne Benutzungsgebühr.

WER WIR SIND

Die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke besteht aus der Partei DIE LINKE, der DKP, der Groner Antifaschistischen Liste (GRAL) und parteilosen Kandidat*innen. Sie tritt für den Stadtrat und Ortsräte im Stadtgebiet Göttingen und in der Gemeinde Gleichen an. Für die Kreistagswahl und für Stadt- und Gemeinderäte im Landkreis Göttingen stellt sich der Kreisverband Göttingen/Osterode der Partei DIE LINKE zur Wahl.

Steuergeschenke in Höhe von hunderten Milliarden – durch die Mehrheit finanziert!

Die Steuergeschenke der Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte an die Reichen, Superreichen und Konzerne sind ungeheuerlich. Es war voraussehbar, dass die öffentlichen Kassen hierdurch in die Knie gezwungen würden und der Zwang entstehen würde, ans Portemonnaie der Niedrig- und Normalverdienenden zu gehen.



Die Mehrheit finanziert durch eine wachsende Steuerlast, vor allem durch Lohn- und Mehrwertsteuern, die Geschenke für Konzerne, Reiche und Superreiche.

Es fehlen Steuern der Reichen

Einkommensreiche, Vermögende und große Unternehmen, die in unseren Kommunen beheimatet sind bzw. ihre Produktionsstätte haben, können angemessen, das heißt entsprechend ihrem Reichtum ansteigend, nur auf Bundesebene besteuert werden.

Ausgerechnet diese Steuern aber sind kontinuierlich und massiv gesenkt worden: Die Steuer der Konzerne, die Körperschaftsteuer, ist von 56 auf 15 Prozent gesenkt worden. Der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer seit 1989 von 56 auf 42 Prozent. Kapitalerträge werden zu maximal 25 Prozent besteuert, statt wie früher einkommensabhängig bis zum Spitzensteuersatz von 56 Prozent. Vermögensteuer: Seit 1997 nicht mehr erhoben, obwohl das Gesetz bis heute gilt und es laut neueren Urteilen aus Karlsruhe keine verfassungsrechtlichen Probleme gibt.